

Mathis Heinrich

Das transnationale Kapital und die Bearbeitung der Krise(n) der Europäischen Union

Nicht selten wird die Bearbeitung der seit 2008 andauernden Finanz-, Wirtschafts- und sog. Staatsschuldenkrise zum Anlass genommen, auf die ungebrochene strukturelle Dominanz der großen Finanzmarktakteure und Banken in der Weltwirtschaft hinzuweisen. Nach einer kurzen krisenbedingten Phase der Schwäche und Desorientierung gelinge es den Akteuren der Finanzbranche erneut, die politischen Kämpfe für sich zu entscheiden (vgl. van der Pijl 2014). Entsprechend richtet sich eine linksgerichtete Kritik des Krisenmanagements oftmals allein gegen die Rolle des Finanzkapitals und der Banken, die trotz ihrer Verantwortung für den Ausbruch der Krise, nun entscheidend von ihrer Bearbeitung zu profitieren scheinen (vgl. Mayer 2013). Dies gilt ebenso für viele kritische Analysen der heutigen Krise(n) in Europa, die die politische Macht des Finanzkapitals zum Ausgangspunkt ihrer Untersuchungen der Krisenpolitik der Europäischen Union (EU) machen (vgl. Oberndorfer 2014; Bieling 2013).

In Ergänzung zu diesen Analysen versucht der hier vorliegende Beitrag ein differenzierteres Bild der derzeitigen Strategien und Machtverhältnisse der herrschenden Klassen in der EU zu zeichnen, indem er die Dynamiken auf europäischer Ebene in den Blick nimmt. Dabei geht es darum, die strategischen, politischen und diskursiven Praxen des transnationalen Kapitals innerhalb des europäischen Machtblocks in Brüssel und in Reaktion auf die Finanz- und Eurokrise genauer zu bestimmen. Denn auch wenn die Akteure des Finanzkapitals heute auf vielfältige Art und Weise von der Krise zu profitieren und über eine gewaltige strukturell-ökonomische Macht in Europa zu verfügen scheinen (vgl. Trost 2011), so sind es doch vor allem die transnationalen Konzerne des europäischen Produktivkapitals, die die strategische Bearbeitung der Krise auf europäischer Ebene bestimmen.

Damit wird bereits deutlich, dass das heutige Krisenmanagement keinesfalls losgelöst von den allgemeinen historischen Entwicklungstendenzen der europäischen Integration analysiert werden kann, sondern entscheidend durch deren Dynamiken und historische Machtverhältnisse geprägt ist. Die EU befindet sich spätestens seit Anfang des Jahrhunderts in einer tiefgreifenden Hegemoniekrise

der gesellschaftlichen Legitimation, die sich unter anderem darin ausdrückt, dass weite Teile der europäischen Bevölkerung nur noch schwer in die ökonomisch-kooperative Ausrichtung des europäischen Projekts eingebunden werden können. Dennoch scheinen die herrschenden Klassen unter der Führung des transnationalen Industriekapitals weiterhin dazu in der Lage, eine ideologische Krise der EU und damit eine weitreichende Reorganisation der Akkumulation und Selektivitäten ihrer politischen und ideologischen Institutionen und Apparate verhindern zu können (zur Unterscheidung zwischen Hegemonie- und Ideologiekrisis siehe Jessop 1990: 209f., 217).

1. Zur Theorie der herrschenden Klasse: die Doppelfunktion von Hegemonie

Gemäß der sog. Amsterdamer Schule des Neo-Gramscianismus kann die kapitalistische Klasse anhand ihrer ökonomischen und sozialen Position im Akkumulationsprozess (Produktiv-, Waren- und Geldkapital) in unterschiedliche funktionale und räumliche Kapitalfraktionen zerteilt werden (vgl. van der Pijl 1998: 52ff.). Diese idealtypische Gliederung spiegelt neben der geographisch-strategischen Perspektive und Organisation (bspw. national und transnational operierender Akteure), auch die verschiedenartigen funktionalen Interessen der Kapitalfraktionen wider. Aktuell können hier Industriekapital (inklusive Energiekonzerne), Dienstleistungsunternehmen, das Handelskapital (Groß- und Einzelhandel) sowie das Finanzkapital, sowohl in seiner zinstragenden intermediären Form (traditionelle Banken in enger Verbindung zur Produktion) als auch als risikotragendes spekulatives Finanzkapital des Geldhandels (institutionelle Investoren, Investmentbanken), voneinander unterschieden werden. Diese Kapitalfraktionen konstituieren sich in ihrer historischen Konfiguration unter der Führung einer hegemonialen Klassenfraktion zu einem Machtblock, der danach strebt, das *Allgemeininteresse* subalternen Akteure und weiter Teile der Gesellschaft in die herrschende Ideologie zu integrieren (vgl. ebd.: 50f.; van Apeldoorn 2002: 30f.). Demnach ringen die unterschiedlichen Kapitalfraktionen innerhalb dieses Machtblocks stetig um die Orientierung des Akkumulationsprozesses, die Setzung hegemonialer Ideen und die strategische Ausrichtung politischer Projekte. Das heißt, die herrschende Klasse ist nicht homogen, sondern eine hegemoniale Kompromissstruktur herrschender Akteure, die innerhalb einer gegebenen ökonomischen, politischen und ideologischen Gesellschaftsordnung strategisch darum kämpfen, die Selektivitäten dieser Ordnung zu erhalten und/oder zu ihren Gunsten zu verändern (vgl. van der Pijl 1998: 62f.; Poulantzas 1975: 238f.).

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die ökonomische (also strukturell) dominante Kapitalfraktion nicht notwendigerweise gleichzeitig die intellektuell und moralisch führende Fraktion innerhalb des Machtblocks sein muss (vgl. Gramsci 1971: 59). Denn der Einfluss des Ökonomischen auf die Klassenbeziehungen wird vornehmlich in der Analyse des Wissens und bestimmter Deutungsmuster, also der politisch-ideologischen Artikulation der ökonomischen Klassenunterschiede greifbar. Hegemonie basiert nicht notwendigerweise direkt auf einer spezifischen (dominanten) Akkumulationsstrategie, sondern formiert sich ebenso um andere, politische Prioritäten, Klassen und Fraktionsinteressen herum, sofern diese nicht ausdrücklich gegen die grundlegenden Voraussetzungen der Kapitalakkumulation verstoßen (vgl. Jessop 1997: 6). Gleichzeitig aber muss auch jene Kapitalfraktion, der es gelingt, das Allgemeininteresse der Gesellschaft zu formen, nicht zwangsläufig zur führenden Kapitalfraktion innerhalb des Machtblocks aufsteigen (vgl. Poulantzas 1975: 240). Denn Hegemonie ist nicht immer gleichzusetzen mit einem umfassenden gesellschaftlichen Konsens, sondern beschreibt lediglich *einen* Typ von Klassenherrschaft, die sich auch über andere Formen der Autorität, bspw. durch Exklusion, Bestechung und/oder Zwang, reproduzieren und als Zustand einer fragmentierten Hierarchie oder limitierten Hegemonie beschrieben werden kann (vgl. Davies 2011: 136; Jessop 1990).

Hegemonie hat als politische Herrschafts- und Gesellschaftspraxis zweierlei Bedeutung (vgl. Poulantzas 1975: 138f.): erstens als „Hegemonie im Gesamtmaßstab“, d.h. als eine Phase, in der sich die ökonomischen und politischen Ziele einzelner sozialer Akteure und Klassen gleichsam als moralische und kulturelle Einheit der gesamten Gesellschaft universalisieren; und zweitens in Bezug auf die „Hegemonie im Inneren des Blocks an der Macht“, die die Führung derjenigen Kapitalfraktion über die herrschende Klasse beschreibt, der es gelingt, die anderen herrschenden Fraktionen in ein *Gemeininteresse* einzubinden. Das Wirken dieser Fraktion findet zwar stets unter Beobachtung einer politischen Öffentlichkeit statt, es ist aber nicht notwendigerweise auf Akzeptanz und Konsens innerhalb der Gesellschaft ausgerichtet (vgl. Demirović 2013).

Genauso wie die Widersprüche zwischen den Klassen politisch und ideologisch moderiert werden müssen, um die Reproduktion einer Gesellschaftsformation zu gewährleisten, so müssen auch die widersprüchlichen Interessen, Ideen und Strategien der unterschiedlichen Akteure im Machtblock unter der Führung einer Fraktion ausbalanciert werden, um einen stabilen Kompromiss der herrschenden Klasse sicherzustellen. Demnach ist Hegemonie stets umkämpft, und zwar in Bezug auf die Herrschaft im Volk, wie in Bezug auf die politische, ideologische und ökonomische Führung innerhalb des Machtblocks, wobei das Kompromissgleichgewicht der herrschenden Kräfte immer nur zeit- und teilweise realisiert werden kann (vgl. Jessop 1990: 211ff). Dabei übernehmen die politischen und

ideologischen Machtzentren eine wichtige Funktion für den Zusammenhalt des Machtblocks, indem sie langfristig dazu beitragen, dass die Widersprüche innerhalb der herrschenden Klasse nicht offen zu Tage treten und die Dominanz einer Fraktion wie die Dominanz eines herrschenden ökonomischen Paradigmas in ihrer Bedeutung weitestgehend verschleiert bleiben (vgl. Poulantzas 1975: 209).

Die Einheit und Führung innerhalb eines Machtblocks stellt sich damit vor allem als empirisch-strategische Frage: Es geht darum, wie sich die Machtressourcen, Interessen und Strategien der unterschiedlichen Fraktionen innerhalb der Grenzen einer gegebenen historischen Konstellation der Produktionsweise und der politischen Institutionen wie auch der diskursiven Ordnung etablierter Vorstellungswelten entwickeln und zueinander in Beziehung setzen. Welche Anziehungskraft und Möglichkeiten zur Kompromissfindung die beteiligten Akteure der herrschenden Klasse dabei aufbieten können, hängt nicht zuletzt von den gegebenen ökonomischen, politischen und diskursiven Strukturen ab, auf deren Reproduktion oder Veränderung sie abzielen (vgl. Jessop 2007: 38ff). Die Praxisformen der herrschenden Klassenfraktionen sind damit einerseits durch die sozialen Kräfteverhältnisse und eine gegebene hegemoniale Diskursordnung strukturiert, wirken aber andererseits immer auch auf deren Reproduktion und/oder Transformation hin. Sie sind sowohl Bestandteil strategischer Kämpfe um Herrschaft als auch bewusste und unbewusste Konsequenz dieser Kämpfe, wie sie sich bspw. in unterschiedlichen Formen der Subjektivierung (auch zwischen den herrschenden Akteuren) ausdrücken (vgl. Fairclough 1992: 91ff).

Gerade in Zeiten von Krisen sind diese Kämpfe innerhalb des Machtblocks von entscheidender Bedeutung. Denn es gilt zu verhindern, dass sich die (Hegemonie-)Krise zu einer ideologischen Krise des herrschenden Paradigmas und damit zu einer Krise der grundlegenden Akkumulationsweise ausweitert (vgl. Jessop 1990: 201, 208, 217). Der Zusammenhalt des Machtblocks und die (Unter-)Stützung der herrschenden Ideologie durch die dominanten Klassenfraktionen werden zur Probe für das Überleben der politischen und ökonomischen Ordnung insgesamt. Erst wenn die Reproduktion der Akkumulationsstrategie im Sinne der dominanten Kräfte sichergestellt ist, kann die herrschende Klasse erneut dazu übergehen um Hegemonie in Zivilgesellschaft und Bevölkerung zu ringen.

Die Erschütterung der gewohnten Denkmuster und eine gewisse Lockerung der strategischen Selektivitäten durch eine Krise stellt aus Perspektive der herrschenden Klasse jedoch nicht nur eine Bedrohung für die Reproduktion der Gesellschaftsformation, sondern auch für den Machtblock selbst dar. Die herrschende Ideologie, die neben den politischen Institutionen (dem Staat) zur Organisation der herrschenden Klasse beiträgt, gerät kurzzeitig ins Wanken (vgl. Jessop 2009). Damit eröffnen Krisen gegenhegemonialen Kräften die Chance, tradierte Auffassungen sowie politische und gesellschaftliche Handlungsmuster zu hinter-

fragen und auf ihre Ablösung zu drängen. Inwieweit Initiativen zur Bearbeitung der Krise (durch politische Projekte) erfolgreich auf einen schrittweisen oder umfassenden Wandel der herrschenden Gesellschaftsformation einwirken können, ist letztlich immer auch durch die Deutungsmuster und politischen Koalitionen *im* Machtblock vermittelt, d.h. werden von diesem aufgehalten, zugelassen oder gar gefördert. Neben den Strategien und dem Geschick der beteiligten Politiker und Aktivisten ist damit ein umfassender politikökonomischer Transformationsprozess nicht zuletzt von den Kommunikations- und Koordinationsstrategien der etablierten Machtnetzwerke abhängig, und damit zugleich eine Frage nach der ideologischen und politischen Einheit der herrschenden Klasse.

2. Herrschaft und das transnationale Kapital in der EU

Strukturell gesehen beruht die Herrschaft eines (transnationalen) Machtblocks auf einer komplexen, widersprüchlichen Totalität aus Akkumulationsstrategien und institutionellen Formen der Regulation (Staat, Geld, Konkurrenzverhältnis, Lohnverhältnis, internationales Regime) wie auch der Meta-Regulation, die bestimmte Vorstellungswelten, Werte, Normen, und Paradigmen, kurz diskursive soziale Praxisformen miteinschließt (vgl. Jessop 2007). Dabei gestaltet sich die Formierung einer Einheit aus Akkumulationsregime und Regulationsweise in der EU heute äußerst schwierig. Denn spätestens mit dem Ende des Fordismus in den 1970er Jahren bildeten sich in der europäischen Ökonomie zwei dominante Akkumulationsstrategien heraus, die entweder auf ein exportorientiertes oder ein finanzmarktbasierendes Wachstumsmodell abzielen und nur schwer durch dieselben institutionellen und gesellschaftlichen Formen zu stabilisieren sind (vgl. Becker 2011; Stockhammer 2012).¹ Im Zuge der marktliberalen europäischen Integration nehmen also nicht nur die Ungleichgewichte sondern auch die wechselseitige Abhängigkeit zwischen den unterschiedlichen Wachstumsregimen in der EU immer weiter zu und erschweren bis heute eine kooperative und stabile ökonomische Regulation der Widersprüche auf europäischer Ebene.

Die ökonomische Dominanz der zwei Akkumulationsstrategien und ihre fragile Regulation strukturieren grundsätzlich auch die Praxis des Machtblocks der EU.

1 Das sog. exportorientierte Wachstumsmodell beruht vor allem auf repressiven (Deutschland) oder korporativen (Skandinavien) Lohn- und Sozialstaatsarrangements, die es ermöglichen, durch eine interne Abwertung der Preise und/oder hohe Produktivität die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Exporte auf dem Weltmarkt zu steigern. Demgegenüber ist das finanzbasierte Akkumulationsregime auf Liquidität und Anziehungskraft des Finanzsektors angewiesen (Großbritannien), der durch immer neue Finanzinnovationen und/oder durch kreditbasierte Ausweitung der Binnennachfrage Wachstum generieren soll.

Entsprechend haben sich die politischen und ideologischen Kompromissstrukturen im Zuge der europäischen Integration ausdifferenziert. Heute stellt sich der europäische Machtblock als komplexes und widersprüchliches Gebilde aus transnationalen Industrie- und Dienstleistungsunternehmen sowie einflussreichen Akteuren des intermediären und spekulativen Finanzkapitals dar. Trotz der strukturellen Bedeutungszunahme des Finanzsektors dominieren dabei immer noch transnationale Industrie-, Transport- und Telekommunikationsunternehmen nicht nur den europäischen Markt, sondern sie bilden auch den Kern der europäischen Unternehmensnetzwerke (vgl. Carroll et al. 2010). Das Finanzkapital konstituiert sich demgegenüber eher als eine in sich abgeschlossene Gruppe aus Finanzkonzernen, Anlegern und Banken, die über wenig vielseitige Verknüpfungen zu anderen Sektoren der Wirtschaft verfügen (vgl. Vitali et al. 2011).

Grundsätzlich aber haben sich mit der Europäisierung der politischen Prozesse auch transnationale Organisationsformen der Kapitalfraktionen herausgebildet. Dabei verfügt das transnationale Produktivkapital in Brüssel über einige wenige, gut organisierte Netzwerke mit einer ausgereiften politischen und strategischen Arbeitsteilung, allen voran dem europäischen Verband der Unternehmensverbände, *Business Europe*, der sich vornehmlich auf die pragmatischen Politikbeeinflussung konzentriert, und dem Sprachrohr der europäischen Großindustrie, dem *European Roundtable of Industrialists*, der sein Hauptaugenmerk auf grundsätzliche ökonomische Strategiefragen und Visionen richtet. Die Finanzkapitalunternehmen hingegen zerfallen in viele verschiedene Lobbyorganisationen, die oftmals unterschiedliche Prioritäten setzen und meist über einen weitaus schlechteren Zugang zu den europäischen Institutionen verfügen (vgl. Woll 2012; Engelen et al. 2011: 171). Entsprechend zielen ihre Lobbymaßnahmen meist auf spezifische Gesetzesvorhaben der EU ab, die allein die Partikularinteressen ihrer Mitglieder (bspw. der Versicherungen, Pensionsfonds, Investmentbanken etc.) betreffen. Zugleich haben die unterschiedlichen Akteure des intermediären und spekulativen Finanzkapitals nicht nur in Bezug auf ihre spezifische Funktion auf den Finanzmärkten (Broker, Investmentbanken, Investoren, Geschäftsbanken), sondern auch ihrer jeweiligen nationalen Stellung und räumlichen Orientierung stark divergierende Interessen und Strategien. Sie stimmen oft nur in einem marktliberalen Basiskonsens überein, der sich allein auf die grenzüberschreitende Ausweitung und Deregulierung der europäischen (Finanz-)Märkte fokussiert (vgl. MaCartney 2011). Ihr Einfluss ist damit primär auf die technokratische Umsetzung von spezifischen Richtlinien und weit weniger auf das Agenda Setting gerichtet, wobei sie nicht selten ihren privilegierten Zugang zu den Institutionen und Regierungen der Nationalstaaten nutzen, um den politischen Implementierungsprozess auf europäischer Ebene (bspw. im Europäischen Parlament, oder in den Agenturen der EU) zu beeinflussen (vgl. Wolf et al. 2014: 8ff.).

Damit verfügt das europäische Industriekapital über die entscheidende politische Voraussetzung, um den europäischen Machtblock in einem Gemeininteresse der herrschenden Klasse in Europa zu vereinen (vgl. van Apeldoorn 2014: 190). Dieser politische Führungsanspruch wird nicht zuletzt dadurch begünstigt, dass sich die Deutungsmuster und ökonomische Vorstellungswelten des Industriekapitals zum Entstehungszeitpunkt der EU gleichsam hegemonial in die grundlegenden Politikstrukturen und Wissenspraktiken der europäischen Institutionen eingeschrieben haben. Mit der Krise der europäischen Integration in den 1980er Jahre gelang es dem *European Roundtable of Industrialists* (ERT) einen marktliberalen Wettbewerbsfähigkeitsdiskurs zu etablieren, der darauf abzielte, die Konkurrenzfähigkeit der europäischen Unternehmensproduktion durch eine Deregulierung der europäischen Märkte, die Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen und die Ausdünnung der Sozialsysteme zu fördern (vgl. ders. 2002: 171). Dabei wurden sowohl nationale neo-merkantilistische Interessen als auch supranationale und sozialdemokratische Perspektiven in ein marktliberales Denkmuster überführt, das maßgeblich zur Überwindung der räumlichen Widersprüche zwischen den national, europäisch, und global orientierten Kapitalfraktionen der herrschenden Klasse in der EU beitrug.

Es darf allerdings nicht darüber hinweggesehen werden, dass dieser marktliberale Diskurs spätestens mit Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion Ende der 1990er Jahre seine gesellschaftliche Anziehungskraft eingebüßt hat. Mit dem Projekt des Binnenmarktes und der Einführung des Euro gelang es noch (durch positive Wachstumsaussichten), weite Teile der europäischen Bevölkerung für die europäische Idee einer marktliberalen Integration zu gewinnen. Doch dieser permissive Konsens brach spätestens mit Beginn des neuen Jahrhunderts und einer langen Phase der wirtschaftlichen Stagnation auseinander. Seither befindet sich die EU in einer Post-Maastricht-Krise (vgl. Beckmann et al. 2006), also einer gesellschaftlichen Hegemoniekrise, in der sich Herrschaft weitestgehend losgelöst von den Belangen der europäischen Bevölkerung reproduziert. Hier profitiert der transnationale Machtblock in Brüssel zwar davon, dass er viel stärker von den gesellschaftlichen Einflüssen und Entwicklungen in den Nationalstaaten abgeschottet ist als die nationalen Regierungen (vgl. Hirsch/Wissel 2010: 304). Dennoch finden auch auf europäischer Ebene ideologische Kämpfe um Herrschaft statt. Diese Kämpfe konzentrieren sich jedoch trotz oder gerade wegen der andauernden Hegemoniekrise der EU vor allem auf Kämpfe innerhalb des europäischen Machtblocks, in denen eine kritische europäische Öffentlichkeit oftmals nur indirekt berücksichtigt wird.

Damit kommt der Ideologie und den ideologischen Staatsapparaten in der heutigen Informationsgesellschaft des Kapitalismus eine wichtige Rolle in der Konstituierung einer stabilen transnationalen Klassenherrschaft zu. Die Bedeu-

tung der repressiven Staatsapparate und die Zentralität des Gewaltmonopols der Nationalstaaten als notwendige Voraussetzung für die Organisation der antagonistischen Interessen zwischen den Klassenfraktionen nehmen immer weiter ab. Stattdessen verfügt die EU heute über ein weitreichendes Netz an supranationalen Staatsapparaten und Institutionen der *Meta-Governance* (vgl. Jessop 2007: 198ff.), die auch die Formierung einer transnationalen europäischen Klasse und eine langfristige Stabilisierung des Machtblocks in der EU ermöglichen.

3. Die Krise als Chance für das europäische Kapital

Eine rein strukturelle Untersuchung der Profiteure der Krise sowie unterschiedlicher Lobbymaßnahmen ermöglicht keine abschließende Beurteilung der Rolle der transnationalen Kapitalfraktion im europäischen Krisenmanagement und Herrschaftsgefüge. Denn einerseits kann kaum ein Zweifel daran bestehen, dass die europäischen Banken dank der milliardenschweren Rettungsprogramme der Nationalstaaten von 2008 und den Rettungsschirmen des EFSF/ESM äußerst glimpflich durch die Krisen der letzten Jahre gekommen sind und nunmehr sogar von der massiven Geldschwemme durch die EZB profitieren (vgl. Mayer 2013). Andererseits aber täuschen diese Profite darüber hinweg, dass weitreichende Versuche einer europäischen Regulierung der Finanzmärkte und der Restrukturierung der Banken gestartet wurden, die durchaus als ein Umschwenken auf einen stärker marktregulierenden Ansatz interpretiert werden können und damit alles andere als im Interesse der großen Banken und spekulativen Finanzinvestoren in Europa sind (vgl. Quaglia 2011).

Hier ist ein genauer Blick auf die konkrete Herrschaftspraxis des europäischen Machtblocks und dessen Fraktionen notwendig. Die folgende Untersuchung konzentriert sich dabei allein auf die Dynamiken auf EU-Ebene, lässt also die frühen und kurzfristigen Maßnahmen des europäischen Krisenmanagements, wie die Banken- und Konjunkturprogramme und die bilateral ausgehandelten Rettungsschirme für die in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Staaten außer acht, nicht zuletzt da diese vornehmlich durch nationale Interessen, Diskurse und Kompromissstrukturen (inklusive dem Einfluss der jeweils national privilegierten Schlüsselindustrien und Banken) in den Mitgliedsstaaten geprägt waren (vgl. Heinrich 2012). Dementgegen sind die Maßnahmen zur Re-Regulierung der europäischen Finanzmärkte und Bankenrestrukturierung wie auch die weitreichenden Strukturreformen der *Economic Governance* der EU nicht nur direkt in die Dynamiken der europäischen Integration eingebettet und von den europäischen Eliten in Brüssel selbst angestoßene Reaktionen auf die Finanz- und Eurokrise, sondern von zentraler Bedeutung für das strategische Wirken

des transnationalen europäischen Kapitals und der Einheit des europäischen Machtblocks der EU.

3.1 Pragmatische Re-Regulierung der Finanzmärkte

In Bezug auf die Re-Regulierung der Finanzmärkte verfolgte die EU bereits seit 2009 eine Strategie, die direkt an die Dynamiken der europäischen Finanzmarktintegration anknüpft. Beruhend auf den Vorschlägen des sog. *Larosière Reports* bemühten sich die europäischen Eliten um eine neue Struktur zur stärkeren Regulierung der Finanzmärkte und zur Überwachung des europäischen Bankensektors. Die Defizite wurden in der Regulierung der globalen Finanzmärkte und der extensiven Risikobereitschaft der Banken ausgemacht (vgl. Larosière 2009). Motiviert durch politisches Kalkül und pragmatische Notwendigkeit legte die Kommission weitreichende Vorschläge zur Etablierung dreier neuer Institutionen zur Finanzaufsicht, sechs Richtlinienvorschlägen zur stärkeren Regulierung von Rating Agenturen, alternativen Investmentfonds, OTC Derivaten und Leerverkäufen sowie striktere Eigenkapitalanforderungen für Banken und einen Vorschlag für eine Bankenabgabe in Form einer Finanztransaktionssteuer vor (vgl. Wahl 2010: 17-32). In einem zweiten Schritt wurden diese Maßnahmen durch Richtlinien zur größeren (Preis-)Transparenz des Derivathandels, Begrenzung des Hochfrequenzhandels, Erfassung des Schattenbankensektors und neue Abkommen zur Abwicklung und Umstrukturierung der europäischen Banken (Bankenunion) ergänzt (vgl. Frangakis 2013: 21f.).

Diese beeindruckende Aufzählung darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass letztlich viele dieser Richtlinien auf Druck der Finanzlobby oder durch den Widerstand derjenigen EU-Mitgliedsstaaten, die sich durch ein besonders extensives finanzmarktbasierendes Akkumulationsmodell auszeichnen (allen voran Großbritannien), nur selten im vollen Umfang umgesetzt oder nachträglich (meist im Europäischen Parlament) verwässert wurden (vgl. Trost 2011: 77; Bieling 2013). Nachdem die Krise also politischen Handlungsbedarf hervorrief, dem die europäischen politischen Eliten durchaus gerecht zu werden versuchten, setzten die Interessengruppen der Finanzkapitals all ihre Hebel in Bewegung, um diesen Reformprozess zu verhindern und/oder aufzuhalten.

Ein genauer Blick auf die Ziele und den Umfang der einzelnen Lobbymaßnahmen und die Forderungen der Interessengruppen des Finanzkapitals in den entsprechenden Konsultationsprozessen der Kommission², verdeutlicht, dass diese oftmals nur von vereinzelt Akteuren der Finanzindustrie (nicht selten

2 Für einen Überblick über die aktuellen und vergangenen Konsultationsprozesse der Kommission in Bezug auf die Reformen der Finanzdienstleistungen im Europäischen

von großen und ökonomisch einflussreichen nationalen Banken) und allein im sektoralen Interesse vorangetrieben wurden. Die transnationalen Akteure des Finanzkapitals folgen in ihrer politischen Krisenstrategie also keinem kohärenten Plan, was auf die extrem unterschiedlichen Interessen zwischen den einzelnen Fraktionen innerhalb des Finanzkapitals zurückzuführen ist (vgl. Mulders 2013). So formierte das finanzintermediäre Bankkapital einen breit angelegten Widerstand gegen höhere Eigenkapitalanforderung, eine Aufsicht von Derivatgeschäften und die Bankenrestrukturierung (Liikanen Prozess), welche wiederum im Interesse der institutionellen Anleger mit langfristigen Anlagestrategien (Versicherungen und Pensionsfonds) sind, da diese ihr Geld meist direkt in die betroffenen Wertpapieranleihen der Banken investieren (vgl. COM 2012: 2ff.). Die eher kurzfristig ausgerichteten Investmentbanken und institutionellen Anleger hingegen sperrten sich gegen eine weitreichende Regulierung von Leerverkäufen und Alternativen Investmentfonds (vgl. AFME 2010), die aus dem Blickwinkel der Banken ein Hauptproblem für die Instabilität der Geldmärkte darstellen (vgl. ESBG 2009). Entsprechend herrscht zwischen den transnationalen Interessengruppen des Finanzkapitals selbst über die Ursachen der Krise in Europa keine Einigkeit. Während die Banken betonen, dass es keine Belege dafür gibt, dass die Struktur des europäischen Bankensektors für die Tiefe der Finanzkrise verantwortlich seien (vgl. EBF 2013: 4), weisen die institutionellen Investoren jegliche Verantwortung für die Instabilitäten auf den Finanzmärkten von sich und sehen das Problem vielmehr in den Anlage- und Verbriefungsstrategien der großen Banken auf den Geldmärkten (vgl. AIMA 2009: 2).

Zudem sieht sich ein Großteil der Akteure des Finanzkapitals zum ersten Mal mit weitreichenden politischen Regulierungsbemühungen konfrontiert. Während sich die Interessenverbände der Finanzindustrie über Jahre hinweg auf eine pragmatische und marktfördernde Strategie der EU verlassen und ihr Augenmerk auf die Investmentstrategien ihrer Mitglieder konzentrieren konnten, rücken mit der Krise nun erstmalig verstärkt politische Zusammenhänge und Anforderungen der Regulierung in den Mittelpunkt der europäischen Finanzmarktintegration (vgl. Mügge 2011). Die mangelnde Erfahrung mit politischen Anforderungen auf der Brüsseler Bühne erschwert dabei nicht nur eine weitreichende kohärente Strategie der Fraktionen des transnationalen Finanzkapitals untereinander. Darüber hinaus scheint sich der politische Druck sowohl auf die spekulativen Finanzmarktakteure als auch auf die Banken im Zuge der Krise entscheidend erhöht und ihr politisches Ansehen bei den europäischen Eliten noch einmal entscheidend verschlechtert zu haben.

Binnenmarkt vgl. http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/index_en.htm (28.04.2014).

Demgegenüber hat das europäische Produktivkapital zwar grundsätzlich ein eher geringes Interesse an den technischen Details der Finanzmarktregulierung, schaltet sich jedoch spätestens mit der erneuten Erschütterung des Bankensektors durch die Eurokrise vermehrt in die Maßnahmen zur Stabilisierung der europäischen Finanzmärkte und zur Restrukturierung des Bankensektors ein (vgl. ERT 2012: 1; BE 2009a). Dabei werden die Probleme auf dem europäischen Interbankenmarkt hauptsächlich als Problem der produktiven Investitionstätigkeiten in Europa thematisiert, demgemäß die andauernden Turbulenzen kostengünstige Finanzierungsmöglichkeiten und einen billigen Zugang zu Krediten für die europäischen Unternehmen erschweren würden. Somit betont die transnationale Industrie die Notwendigkeit, moderne Finanzdienstleistungen an den Anforderungen des Unternehmenssektors auszurichten und für liquide und (seit der Krise nun auch) stabile europäische Finanzmärkte zu sorgen.

Überraschenderweise liegen die Interessen der großen Konzerne Europas hier, sofern sie selbst als Anleger oder Kapitalnehmer auf den globalen Finanzmärkten tätig werden, sehr nahe an den Interessen spezifischer Finanzinvestoren. Gleichzeitig beabsichtigen sie wie die großen Banken auch die Ausweitung der grenzüberschreitenden Finanzmärkte, sofern diese, aus Sicht der Unternehmen, für mehr Wettbewerb, niedrige Zinsen und damit günstigere Kreditkonditionen sorgen. Daher kommt es seit Beginn der Krise nun auch vermehrt zu Kooperationsbemühungen zwischen den transnationalen Unternehmensverbänden und der Finanzlobby, in denen ein Voranschreiten der EU-Finanzmarktintegration gefordert wird, das zu mehr Stabilität und Vertrauen auf den europäischen Märkten beitragen soll (vgl. BE 2009b). So gelingt es den Unternehmen des Produktivkapitals, ein einheitliches Argumentationsmuster zur Überwindung der Finanzkrise anzubieten, in das auch die Kerninteressen des Finanzkapitals an einer Ausweitung und Öffnung der europäischen Finanzmärkte eingebunden werden können. Die bedingte Restrukturierung der europäischen Finanzmärkte und des Bankensektors wird damit unter der Führung des transnationalen Produktivkapitals in die Wachstumsstrategie der Steigerung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit überführt, wodurch es trotz der krisenbedingten Ausweitung der Widersprüche zwischen den Fraktionen des Finanzkapitals gelingt, den europäischen Machtblock zusammenzuhalten.

3.2 Economic Governance und die globale Wettbewerbsfähigkeit der EU

Auch in Reaktion auf die Eurokrise verfolgten die europäischen Eliten in Brüssel von Beginn an einen äußerst kohärenten und umfassenden Plan zum Umbau der EU-Strukturen der Economic Governance. Bereits in die *Europa 2020*-Strategie (im März 2010) floss eine erste Bewertungen der in Griechenland

eskalierenden Schuldensituation samt Orientierung auf eine vertiefte europäische wirtschaftspolitische Koordination zur Überwindung der Krise ein (vgl. COM 2010a). Um den makroökonomischen Ungleichgewichten entgegenzutreten, wurde eine einseitige Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und eine weitreichende Überwachung der EU-Mitgliedsstaaten zur Einhaltung der fiskalischen Disziplin gefordert (ebd.: 24f). Entsprechend zielten die im Jahr 2010 verabschiedeten Legislativvorschläge der Europäischen Kommission (das sog. „Sixpack“), ebenso wie die Etablierung des „Europäischen Semesters“ allein darauf ab, der Krise durch präventive Überwachungs- und Warnmechanismen und strukturelle Anpassungen zur Angleichung der Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedsstaaten in der EU entgegen zu wirken (vgl. COM 2010b). Dazu wurden sowohl im Euro-Plus- als auch im Fiskalpakt finanz- und lohnpolitische sowie makro- und arbeitsmarktstrukturelle Maßnahmen unter verschärfte europäische Kontrolle gestellt. Auch durch den Pakt für Wettbewerbsfähigkeit und die neuesten Konzepte für eine vertiefte Wirtschafts- und Währungsunion (vgl. Oberndorfer 2014) werden die Probleme der Leistungsbilanzunterschiede in den Defizitländern dahingehend interpretiert, dass es sich um ein Problem der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit der gesamten europäischen Ökonomie handle, die auf eine zu geringe Flexibilität der Arbeitsmärkte, zu hohe Löhne und einen mangelnden Zugang zu Finanzmitteln zurückgehen.

Indem es versucht die EU zum wettbewerbsfähigsten Raum der Welt zu machen, stellt dieses Konzept zur Überwindung der Eurokrise nicht anderes dar als eine Neuauflage der Lissabon-Strategie von 2001. Jedoch wird die Krise nunmehr von den europäischen Eliten, allen voran dem transnationalen Produktivkapital, dazu genutzt, diese Strategie durch eine Ausweitung der Kompetenzen der EU nachhaltig abzusichern und unwiderruflich in die EU-Institutionen einzuschreiben (vgl. Heinrich/Jessop 2013). Dabei sind es nicht nur die pragmatischen Lobbyanstrengungen von *Business Europe*, die sich im europäischen Ensemble der Institutionen Gehör verschaffen, sondern die langfristig angelegten Ziele und Visionen der transnationalen Großindustrie im *European Roundtable of Industrialists*, die sich direkt in den Programmen der EU wiederfinden (vgl. van Apeldoorn 2014: 195). Damit sorgten diese Akteure bereits mit der *Europa 2020*-Strategie dafür, dass die politischen Eliten das Krisenmanagement problemlos in eine offensive EU-Wachstumsstrategie einbetten konnten. Denn hatte das transnationale Produktivkapital in den 1990er Jahren noch hauptsächlich auf eine Öffnung der europäischen Märkte gedrängt, so entwickelte es im Zuge der zunehmenden Europäisierung der Industrie nun eine globale Strategie, die durch eine Vertiefung des Modells der kompetitiven Deregulierung die Produktivität und damit Exportfähigkeit der gesamten europäischen Ökonomie ankurbeln soll. Die Interessenverbände machen sich die Krise zunutze, um die eigene Kon-

kurrenzfähigkeit auf den globalen Märkten voranzutreiben und verkaufen diese Strategie gleichzeitig als Wachstumsmodell, das Europa aus der langanhaltenden wirtschaftlichen Stagnation der Krise herausführen kann.

Der beabsichtigte Abbau von Unterschieden der Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der EU wird genutzt, um weitreichende Deregulierungs-, Privatisierungs- und Liberalisierungspolitiken sowie umfassende Flexibilisierungen in der europäischen Peripherie zu fordern. Die transnationalen Konzerne profitieren nicht nur von der Hervorbringung billiger Arbeitskräfte in den Krisenländern der EU, sondern auch vom kostengünstigen Verkauf der letzten rentablen Wirtschaftszweige dieser Länder zum Abbau ihren öffentlichen Schulden (vgl. Overbeek 2012: 234). Der Wegfall der Binnennachfrage innerhalb der europäischen Ökonomie spielt dabei für die vornehmlich global ausgerichteten Unternehmen kaum eine Rolle, konzentrieren sich ihre Zukunftsgeschäfte doch auf Exporte in die aufstrebenden Volkswirtschaften des globalen Südens, vor allem in die BRIC-Staaten.

Damit ist das langfristige Krisenmanagement der EU eindeutig durch die Interessen des europäischen Industriekapitals und allen voran von dessen transnationalen Konzernen bestimmt. Neben der einseitigen Umstrukturierung der Arbeitsmärkte und der Bildungssysteme umfasst die Neuauflage der Strategie globaler Wettbewerbsfähigkeit dabei allerdings auch eine Ausweitung und Vertiefung aller europäischen Märkte. Die hohen Kosten für transnationale Unternehmen, die bspw. aus einer mangelnden Harmonisierung der europäischen Märkte für Energie, digitale Kommunikation, Kredite und Finanzanlagen herrühren, werden dabei ebenso als Wettbewerbsnachteil thematisiert wie der mangelnde Zugang zu den globalen Rohstoffmärkten und das Fehlen einer progressiven und gesamteuropäischen Innovations- und Bildungspolitik (vgl. ERT 2010). Auf diese Art und Weise ist eine Intensivierung der marktliberalen Wirtschaftsintegration und die Vollendung des Binnenmarktes für Dienstleistungen, Energie, Alterssicherung, Arbeit und Finanzdienstleistungen ebenso Bestandteil der Strategie des transnationalen Industriekapitals und damit im Interesse aller Konzerne, die in den betroffenen Sektoren tätig sowie stark und groß genug sind, sich in der europäischen Konkurrenz durchzusetzen. Letztlich sind die Forderungen der transnationalen Industrie somit eng verbunden mit den Interessen der übrigen transnational orientierten Klassenfraktionen im europäischen Machtgefüge, wodurch es gelingt den europäischen Machtblock vorerst in einer gemeinsamen Strategie der Steigerung der gesamteuropäischen Wettbewerbsfähigkeit zusammenzuhalten.

4. Die anhaltende Hegemoniekrise der EU

Für die Einheit der herrschenden Klasse in der EU ist die Bedeutung von diskursiv-ideologischen ebenso wie politisch-koordinativen Strukturen auf transnationaler Ebene elementar. In diesem Sinne ist es speziell den europäischen Strukturen geschuldet, dass sich die Hegemoniekrise der EU bisher nicht zu einer ideologischen Krise ausgeweitet hat. Vielmehr zeigen die krisenbedingten Reformen der *Economic Governance* und der Re-Regulierung der Finanzmärkte, dass die Politik der EU und des europäischen Herrschaftsgefüges weiterhin durch das transnationale Produktivkapital bestimmt und geführt werden. Das heißt, auch wenn die ökonomisch dominanten Akteure des Finanzkapitals nachträglich von der Krise profitieren und enorme Lobbyanstrengungen gegen die Regulierung der Finanzmärkte unternehmen, so sind diese Bemühungen und ihr Erfolg noch kein Beleg dafür, dass das Finanzkapital die führende Rolle innerhalb des europäischen Machtgefüges in Brüssel einnimmt.

Im Gegenteil: das Finanzkapital scheint durch die Krise(n) in der EU politisch und ideologisch gesehen unter erheblichen Druck geraten zu sein, während sich die Strategie der multinationalen Industriekonzerne innerhalb einer marktliberalen Ideologie der Wettbewerbsfähigkeit in Europa weiter gefestigt hat. Dennoch bleibt das Finanzkapital ein strukturell gewichtiger Akteur innerhalb der europäischen Ökonomie. Und sobald sich die Forderung des Produktivkapitals nach einer Stabilisierung der Finanzmärkte direkt gegen die grundlegenden Interessen der (nationalen) Finanzmarktteure zu richten droht, also bspw. die Ausweitung des Wettbewerbs im europäischen Bankensektor im Zuge einer voranschreitenden Finanzmarktintegration auf die politische Agenda der EU rückt, sind tiefgreifende Reibungen und Konflikte im europäischen Machtblock vorprogrammiert. Noch vereint die herrschende Klasse in der EU das Interesse aller Kapitalfraktionen an marktliberalen Liberalisierungs- und Deregulierungsprozesse zur Ausweitung der Autonomie des europäischen Kapitals. Mit der zunehmenden Globalisierung dieses Ziels durch die Strategien des nunmehr europäisierten Industriekapitals könnten die rivalisierenden räumlichen Konzepte zwischen den europäisch fixierten und den global-orientierten Kapitalfraktionen jedoch wieder verstärkt an Bedeutung gewinnen. Das Drängen auf eine Ausweitung der EU als *global player* wird dann zum Problem, wenn diese Strategie gleichzeitig die Freiheiten anderer, weniger europäisierter Fraktionen des (Finanz-)Kapitals einschränkt, bevor deren transnationale Autonomie abgeschlossen ist.

Zudem ergeben sich durch die Krisenstrategie der EU zahlreiche neue soziale Verwerfungen, erst recht in den weniger privilegierten Mitgliedsstaaten der süd- und osteuropäischen Peripherie, die letztlich auch eine Belastung für die Einheit des Machtblocks darstellen. Hohe Arbeitslosenquoten und schlechte

Wachstumsaussichten in Europa werden die Hegemoniekrise der EU verschärfen und durch zunehmende Proteste die europäischen Herrschaftsverhältnisse weiter infrage stellen. Dabei offenbart die Krise und ihre Bearbeitung, dass der transnationale Machtblock der EU kein homogenes, in sich geschlossenes Gebilde darstellt, sondern durch mehr oder weniger stabile Kompromisse zwischen den einzelnen Klassenfraktionen geprägt ist. Er ist damit ein ebenso flexibles wie anfälliges Gefüge, das durch alternative Bewegungen herausgefordert werden kann. Um die fragile Hegemonie des europäischen Kapitals angreifen zu können, bedarf es der empirischen Herrschaftsanalyse, die darauf abzielen muss, die entscheidenden Widersprüche innerhalb der herrschenden Klasse aufzudecken, um sie für politische und diskursive Kämpfe nutzbar zu machen.

Literatur

- Association for Financial Markets in Europe (AFME) (2010): *AFME, ISLA and ISDA Joint Response to the European Commission's public consultation on short selling*. Brussels, 9 June 2010.
- Alternative Investment Management Association (AIMA) (2009): *Response to the Commission Services (DG Internal Market) Consultation Paper on Hedge Funds*. Brussels, 30 January 2009.
- Apeldoorn, Bastiaan van (2002): *Transnational Capitalism and the Struggle over European Integration*. London.
- (2013): The European Capitalist Class and the Crisis of its Hegemonic Project. In: *Socialist Register 2014*. Pontypool.
- Becker, Joachim (2011): EU: von der Wirtschafts- zur Regulationskrise. In: *Z – Zeitschrift für Marxismus* 85/März 2011: 10-29.
- Beckmann, Martin/Deppe, Frank/Heinrich, Mathis (2006): In schlechter Verfassung? Ursachen und Konsequenzen der EU-Verfassungskrise. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 36 (3): 307-324.
- Bieling, Hans-Jürgen (2013): European Financial Capitalism and the Politics of (De-) financialisation. In: *Competition and Change* 17(3): 283–98.
- Business Europe (BE) (2009a): Companies' access to finance: a European action plan. Brussels, March 2009.
- (2009b): *Business perspective on financial market reforms: towards financial stability and sustainable growth*. Joint statement of BE, EBF, EFRP, EVCA, FEE and FESE. Brussels, 29 September 2009.
- Caroll, William K./Fennemma, Meindert/Heermiskirk, Elke (2010): Constituting Corporate Europe: A Study of Elite Social Organization. In: *Antipode* 42(4): 811-43.
- Davies, Jonathan S. (2011): *Challenging governance theory: from networks to hegemony*. Bristol.
- Engelen, Ewald et al. (2011): *After the Great Complacency: Financial Crisis and the Politics of Reform*. Oxford.
- European Banking Federation (EBF) (2013): *The European Banking Federation's answer to the Consultation by the Liikanen High-level Expert Group on possible reforms to the structure of the EU banking sector*. Brussels, 11 September 2013.
- European Commission (COM) (2012): *Summary of the Replies to the Consultation of the Internal Market and Service Directorate General on the Recommendations of the High-Level Expert Group on Reforming the Structure of the EU banking Sector*. Brussels, December 2012.
- (2010a): *EUROPE 2020. A European strategy for smart, sustainable and inclusive growth*. Brussels. COM(2010) 2020.

- (2010b): *Proposal for a Regulation of the European Parliament and of the Council on the prevention and correction of macroeconomic imbalances*. COM(2010) 527 final.
- European Savings Banks Group (ESBG) (2009): *Response to Commission consultation on hedge funds*. DOC 0083/09. Brussels, January 2009.
- European Roundtable of Industrialists (ERT) (2010): *ERT's Vision for a competitive Europe in 2025*. Brussels, February 2010.
- (2012): *Backbone of Growth. Immediate growth creation must be the overriding public policy priority*. Brussels, May 2012.
- Frangakis, Marica (2014): *Inequality and financialisation. The case of the EU*. Rosa-Luxemburg Research Paper. Berlin.
- Demirović, Alex (2013): Ist der Neoliberalismus hegemonial? Gramscis Hegemoniekonzept und Sicherheit als Herrschaftsform. In: *Widerspruch. Beiträge zu sozialistischer Politik*, 32 (1) : 127-139.
- Fairclough, Norman (1992): *Discourse and social change*. Cambridge.
- Gramsci, Antonio (1971): *Selections from the Prison Notebooks*. New York.
- Heinrich, Mathis (2012): Zwischen Bankenrettungen und autoritärem Wettbewerbsregime. Zur Dynamik des europäischen Krisenmanagements. In: *PROKLA* 168, 42 (3): 395-412.
- Heinrich, Mathis/Jessop, Bob (2013): Die EU-Krise aus Sicht der Kulturellen Politischen Ökonomie. Krisendeutungen und ihre Umsetzung. In: *Das Argument* 55(1/2): 19-33.
- Hirsch, Joachim/Wissel, Jens (2010): Transnationalisierung der Klassenverhältnisse. In: Thien, Hans-Günter (Hrsg.): *Klassen im Postfordismus*. Münster, 287-309.
- Jessop, Bob (2009): Cultural political economy and critical policy studies. *Critical Discourse Studies* 3(3-4): 336-356.
- (2007): *State Power. A strategic-relational approach*. Cambridge.
- (1997): A neo-Gramscian approach to the regulation of urban regimes. In: Lauria, M. (ed.) *Reconstructing Urban Regime Theory*, London, 51-73.
- (1990): *State theory: putting the capitalist state in its place*. Cambridge.
- MaCartney, Huw (2011): *Variiegated neoliberalism: EU varieties of capitalism and international political economy*. London.
- Mayer, Leo (2013): Kapitalismus vor erneuter Umwandlung aber wohin? In: *isw-report* 94: 30-38.
- Mügge, Daniel (2011): From Pragmatism to Dogmatism: European Union Governance, Policy Paradigms and Financial Meltdown. In: *New Political Economy* 16(2): 185-206.
- Mulders, Joost (2013): *Lobbying in Brussels*. Finance Watch Webinar, 31 May 2013. URL: <http://www.youtube.com/watch?v=BazhpieMu5I> (28.04.2014).
- Larosière, Jacques de et al. (2009): *Report from the High-Level Group on Supervision in the EU*. Brussels, 25 February 2009.
- Oberndorfer, Lukas (2014): *Crisis of hegemony in Europe – Heading towards authoritarian competitive statism*. Unpublished manuscript.
- Overbeek, Henk (2012): Global capitalist crisis and the future of the European project. In: Nousios, P. and Overbeek, H./Tsolakis, A. (eds.) *Globalisation and European Integration*. London, 218-240.
- Poulantzas, Nikos (1975): *Politische Macht und gesellschaftliche Klassen*. 2. überarb. Aufl. Frankfurt/M.
- Quaglia, Lucia (2011): The „Old“ and „New“ Political Economy of Hedge Funds Regulation in the European Union. In: *West European Politics* 34 (4): 665–82.
- Stockhammer, Engelbert (2012): Financialization, income distribution and the crisis. In: *Investigacion Economica* 71(279), 39-70.
- Trost, Axel (2011): Das Kasino bleibt geöffnet. Die Regulierung der Finanzmärkte und was daraus geworden ist. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2/2011: 75-84.

- van der Pijl, Kees (1998): *Transnational classes and international Relations*. London.
- (2014): Varieties of Capitalism or Dominant Fractions? Two Forms of Money Capital in the Current Crisis. In: Westra, Richard/Badeen, Dennis/Albritton, Robert (Hrsg.): *The Future of Capitalism after the Financial Crisis. The Varieties of Capitalism Debate in the Age of Austerity*. London, i.E.
- Wahl, Peter (2010): *Fighting Fire with Buckets A Guide to European Regulation of Financial Markets*. WEED – World Economics, Environment & Development Assoc.
- Vitali S./Glattfelder, J./Battiston, S. (2011): *The Network of Global Corporate Control*. PLoS ONE 6(10): e25995. doi:10.1371/journal.pone.0025995.
- Woll, Cornelia (2012): Lobbying under Pressure: The Effect of Salience on European Union Hedge Fund Regulation. In: *Journal of Common Market Studies* 1/2012: 1-19.
- Wolf, Marcus/Haar, Kenneth/Hoedeman, Oliver (2014): *The Fire Power of the Financial Lobby: A Survey of the Size of the Financial Lobby at the EU level*. Published by CEO, the Arbeiterkammer and the ÖGB Brussels, April 2014.

WIDERSPRUCH

Beiträge zu
sozialistischer Politik

64

Ernährung – Agrobusiness oder Agrikultur

Hunger, globales Nahrungssystem, kleinbäuerliche Landwirtschaft; Freihandel, Agrokonzerne, Saatgutmonopol, Spekulation; Arbeitsbedingungen, Care-Arbeit; Ernährungssouveränität, ökologischer und sozialer Landbau, Urban Gardening, Demokratisierung der Ernährungspolitik

B. Dyttrich, J. Rampini Stadelmann, I. Salzer, R. Berli, V. Hemmeler Maïga, P. Sauvign, A. Sancar, E. Gelinsky, M. Henn, T. Goethe, E. Bürgi Bonanomi, R. Herzog, H. Schäppi, U. Hoering, A. Exner, I. Schützenberger, L. Egloff, U. Eichenberger, T. Siegenthaler, S. Rist

Diskussion

J.-F. Anders: Zur «neuen Marx-Lektüre»
C. Kelley: «Wie Milano um zwölf»
T. Wüthrich: Geschlechtergerechte Renten!

208 Seiten, € 18.– (Abonnement € 27.–)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH - 8031 Zürich
Tel./Fax +41 44 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch